



Erlanger Rot

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Erlangen

DKP

Siemens Campus Arbeitsplätze und Betriebe gefährdet

Im Frühsommer 2020 gingen Gewerkschaftskolleg*innen und Betriebsrät*innen aus Sorge um die Arbeitsplätze im Siemens Campus Erlangen an die Öffentlichkeit. Konkret befürchten sie, dass die Siemens AG ausschließlich Bürogebäude auf dem Campusgelände geplant habe, und damit existenziell wichtige Fertigungs-, Prüf- und Laboreinrichtungen endgültig verschwinden könnten. Das hätte nicht nur den Verlust von teuren und z.T. europaweit einzigartigen Versuchseinrichtungen zur Folge, sondern könnte auch Arbeitsplätze gefährden und Teile der für künftige Energieversorgung notwendigen betrieblichen Infrastruktur zerstören. Dass die Kolleg*innen mit ih-

rer Petition einen Nerv getroffen haben, zeigen die mittlerweile über 600 Kommentare von Beschäftigten und weit über 1.700 Unterschriften.

Unterstützung brauchen Kolleginnen und Kollegen für ihr Anliegen weiterhin:
www.openpetition.de/campuserlangen

Dabei sah alles so gut aus, als die Siemens AG sich 2014 „zum Standort Erlangen bekannte“ und einen Architektenwettbewerb auslobte: Die Aufgabe für den städtebaulichen Wettbewerb, den auch Oberbürgermeister Dr. Janik unterstützte, lautete: In einem urbanen Umfeld soll eine moderne Arbeitsumgebung mit Büro-, For-

Fortsetzung S. 2



Die Zukunft der Mobilität heißt für Siemens Parkhaus und Autobahn

Vetternwirtschaft zum Letzten?

Nein, sie verstehen es einfach nicht! Sie kapierten es noch immer nicht, dass es Machtmissbrauch ist, mit einer Mehrheit im Stadtrat dem Ehemann der Fraktionsvorsitzenden der Erlanger SPD (dessen Vorsitzender er ist,) einfach einen lukrativen Posten als berufsmäßigem Stadtrat zuzuschanden.

Und nein - es nützt auch nichts, wenn gebetsmühlenartig immer wieder in der Presse von SPD-Funktionären seitdem entrüstet behauptet wird, dass alle Voraussetzungen des Ehemanns dafür doch vorgelegen hätten und er einfach fachlich der beste Bewerber gewesen sei und deswegen sei er halt gut geeignet als Sozialreferent.

Und ja - genau mit solchen Begründungen, die immer wieder in der Öffentlichkeit vertreten werden von sozialdemokratischen Funktionären, merkt man, wie weit entfernt die Erlanger SPD inzwischen von Anstand und korrektem Verhalten bei Postenbesetzungen ist.

Und nein - statt eines selbstkritischen Nachdenkens über ihr Verhalten gibt es bei Erlanger SozialdemokratInnen immer noch mehr Empörung darüber, weil man diese Referentenbesetzung als „Vetterleswirtschaft“ bezeichnet. Als was denn sonst?

Die Erlanger Wähler*innen haben ein gutes Gedächtnis.

Werner Lutz

Fortsetzung v. Seite 1: Siemens Campus...

schungs- und Laborarbeitsplätzen entstehen. Dazu soll ein Großteil des alten Immobilienbestands schrittweise durch moderne Gebäudestrukturen ersetzt und die notwendige infrastrukturelle Anbindung geschaffen werden. Zwei Jahre später erfolgte der Spatenstich für den ersten Bauabschnitt in Modul 1.

Und heute? Ende 2020 häufen sich Fragen rund um das Prestige-Projekt des Siemens-Konzerns in Erlangen. Fragen, die sich auch die Stadtratsfraktionen stellen sollten.

Arbeitsplätze in Gefahr? Werden mit dem Neubau tatsächlich Betriebsteile wie Labore, Fertigungsstätten und Prüffelder aus Erlangen verschwinden? Werden Arbeitsplätze in andere Regionen verlagert? Sehen Stadträt*innen und Stadtspitze ungerührt zu, wenn tariflich abgesicherte und mitbestimmte Arbeitsplätze aus Erlangen abwandern?

Stadtentwicklung unter Konzerndiktat? Über die Stadtentwicklung und die Nutzung der Flächen entscheidet der Stadtrat. Wo Wohnungen gebaut werden, wo Einzelhandel angesiedelt wird oder Gewerbebetriebe, kann man dem so genannten Flächennutzungsplan entnehmen, den jedes Kommunalparlament unter Beteiligung der Bürger*innen erstellen muss. Das Südgelände im Eigentum der Siemens AG etwa ist als Gewerbegebiet eingetragen, und zwar schon von den Anfängen in den 1960er Jahren an. Nun hat die Unternehmensspitze entschieden, einen Teil des Geländes gewinnbringend an die Universität zu verkaufen und ein weiteres Drittel mit der Errichtung von Eigentumswohnungen zu vermarkten. Weder die Nutzung als Universitätsgelände noch die Nutzung für Wohnbebauung ist im Flächennutzungsplan vorgesehen. Entsprechende Nutzungs- oder Bauanträge müssten also abgelehnt werden. Vor wenigen Jahren erst hat der Stadtrat Leitlinien für die Entwicklung von

Gewerbegebieten verabschiedet, um die für Betriebe und Arbeitsplätze notwendigen Flächen zu sichern. Ausdrücklich ist darin das Ziel formuliert, dass „eine allmähliche Etablierung von Wohnnutzungen in ausgewiesenen Gewerbegebieten ... vermieden“ werden soll. Auch eine „schleichende Umwandlung von Gewerbeflächen zu Einzelhandelsstandorten“ wird abgelehnt, um die innerstädtische Entwicklung nicht zu gefährden. Beide Grundsätze werden am Siemens Campus in ihr Gegenteil verkehrt. Warum sehen Stadtrat und Stadtspitze ungerührt zu, wie ein Großkonzern in Eigenregie den kommunal erstellten Flächennutzungsplan und die Grundsätze zur Stadtentwicklung missachtet? Wann werden endlich die Erlanger*innen über sämtliche geplanten Änderungen informiert? Wann wird endlich das gesetzlich vorgeschriebene Beteiligungsverfahren bei Änderungen am Flächennutzungsplan gestartet? Wann werden demokratische Grundsätze auch beim Baurecht wieder vollumfänglich geachtet?

Sicherung der Arbeitsplätze durch die Stadt nicht möglich?

In den Leitlinien zur Entwicklung von Gewerbeflächen haben die Stadträte sich aus leidvoller Erfahrung auch damit befasst, was unternommen werden kann, wenn Grundstückseigner von Gewerbeflächen dort keine adäquaten Arbeitsplätze schaffen. Wenn „ein erhöhter Bedarf an Arbeitsstätten nachgewiesen wird und keine Mitwirkungsbereitschaft der Grundstückseigentümer besteht, ... dann [werden die Grundstücke] von der Stadt erworben, beplant und erschlossen und anschließend an die Bauwerber veräußert“. So hat es der Stadtrat beschlossen. Was macht die Stadt mit einem Konzern, der auf erschlossenem Gewerbegebiet Industrieeinrichtungen abbaut, Arbeitsplätze vernichtet und offensichtlich mit dem Bau teurer

Eigentumswohnung eine nicht gestattete Nutzung plant?

Klimaschutz Fehlanzeige? Die Siemens AG wird das verbleibende Betriebsgelände so nachverdichten, dass bisher in Erlangen Mitte, Nürnberg und Fürth angesiedelte Beschäftigte in den nächsten Jahren nach und nach in den Campus umziehen. „Konsolidierung“ nennt das Management diese Verdichtungspläne, die erheblichen Pendlerverkehr nach sich ziehen werden. Schon 2015 wurden die Stadträt*innen darüber informiert, dass „durch die dortige Konzentration der Arbeitsplätze gegenüber heute ein erhöhtes Verkehrsaufkommen von zusätzlich ca. 17.300 KfZ/Tag (heute 17.500 KfZ/Tag)“ zu erwarten ist. Daher müsse die Stadt die Straßen entsprechend ausbauen, Kosten in unbekannter Höhe sind bisher alle aus dem Kommunalhaushalt bezahlt worden. Auch die Kosten für einen vorgesehenen Schwenk der StUB sowie neu zu planende Buslinien sollen von der Kommune getragen werden. Die Siemens AG setzt weiter auf Privat-PKW, baut Parkhäuser und überlässt den Rest der Bürgerschaft Erlangens. Gegenleistung? Fehlanzeige. Beitrag zum städtischen Klimaschutz? Fehlanzeige. Beitrag zur Reduzierung des Verkehrsaufkommens? Fehlanzeige.

Wann hat dieser Stadtrat endlich den Mut, über ein Ende von Luftverschmutzung und Lärmbelastung auch mit einem Global Player wie Siemens ernsthaft zu verhandeln? *Redaktion Erlanger Rot*

Link zum aktuellen Erlanger Flächennutzungsplan - auch zum Download:

https://www.erlangen.de/PortalData/1/Resources/030_leben_in_er/dokument/amt61/611_p_FNP_Stand-12-2018.pdf

Die Menschen retten, nicht die Banken und Konzerne!

In der Krise ist auf einmal Geld da ohne Ende, selbst die sogenannte Schuldenbremse wird aufgehoben. Die „Rettungsschirme“ zielen vor allem darauf, Großindustrie und Banken zu schützen. Die Zeche sollen Arbeiter, Angestellte und Kleingewerbetreibende zahlen. Die Angriffe, die jetzt gegen die Arbeiterklasse durchgeführt werden, werden massive und dauerhafte Auswirkungen auf die Mehrheit der Bevölkerung und die Gesellschaft haben, wenn wir sie zulassen.

Corona ist eine Klassenfrage. Die Auswirkungen der Krankheit und der Isolierung treffen Arme in der Regel härter und dramatischer. In der BRD lebt jedes fünfte Kind in Armut. Diese Kinder werden in Zeiten geschlossener Schulen und Homeschooling ohne ausreichende Technik und mangelnder Hilfe abgehängt. Für arme Familien in kleinen Wohnungen ohne Balkon oder Garten ist „Zuhause bleiben“ keine dauerhafte Option. Häusliche Gewalt steigt an. Selbsthilfegruppen können nicht stattfinden. Gleichzeitig sind Frauenhäuser überfüllt oder geschlossen. Ebenso wie die für viele Familien lebensnotwendigen Tafeln.

In besonderem Maße sind Obdach- und Wohnungslose sowie Geflüchtete betroffen. Betteln in menschenleeren Straßen schafft keine warme Mahlzeit. Ein-Euro-Jobber wurden ohne Entschädigung „freigestellt“. Erwerbslose, Minijobber und Soloselbstständige bangen um ihre Existenzen.

Aber auch besser gestellte Teile der arbeitenden Bevölkerung rutschen bei Kurzarbeit und länger andauernden Einkommensverlusten in die Not. Zehntausende sind

Corona-Schutz-Regelungen Vereinsamung macht krank Kulturzentren und Stadtteiltreffs in Erlangen öffnen

Mit den neuen Corona-Schutz-Regelungen ab 1.11.20 wurden in unserer Stadt zahlreiche Bürgerbegegnungszentren wie die Erba-Villa geschlossen. Auch wenn diese Maßnahmen mit der Ansteckungsgefahr begründet werden, halte ich das für falsch.

Jeder dritte Alleinerziehenden-Haushalt lebt von Hartz IV – am meisten betrifft es Frauen. 16 Prozent der Rentner sind armutsgefährdet, das entspricht etwa drei Millionen Menschen. Dazu kommen fast dreißig Prozent Migrantinnen und Migranten in Deutschland, die in Armut leben.

Vor diesem Hintergrund finde ich es verheerend, daß im Zuge der Top-Down-Verordnung der Schließung der Gastronomie im November nun auch kommunale Stadtteil- und Bürgertreffs sowie Kulturzentren dicht gemacht werden. Das ist ein Schritt in die falsche Richtung. Gerade in der Corona-Krise sind in Armut lebende Menschen besonders auf soziale Kontakte und Be-

gegnungen in solchen Zentren angewiesen. Wer arm ist und einsam, hat nur ein geringes Umfeld an Nachbarn und Freunden.

Die Bundesregierung, die Landesregierungen und Kommunen haben außer der Pandemie-Vorsorge auch eine soziale Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger. Diese erfordert gerade jetzt, die Zentren und Stadtteiltreffs in Erlangen zu öffnen, Raum für Versorgung und Begegnung und soziale Kontakte zu schaffen, und kulturelle Angebote zu organisieren. Natürlich alles unter Einhaltung der Hygieneschutzmaßnahmen.

In meiner Wahrnehmung werden diese in solchen kommunalen Begegnungsstätten aber ohnehin strikt befolgt. Es geht gerade jetzt darum, solidarisch zu handeln und Gesellschaftliches und Soziales zu stärken. Es darf nicht sein, daß Arme in unserem Land noch mehr abgehängt und isoliert werden. Corona-Schutzmaßnahmen müssen mehr sein als der Schutz vor Ansteckung. *Werner Lutz*



jetzt schon davon betroffen. Nach Schätzungen werden weitere 2 Millionen Menschen arbeitslos. Die IG Metall geht davon aus, dass mehr als 2 Millionen Kolleginnen

und Kollegen vor der Kurzarbeit stehen.

Aus: Forderungen der DKP in der Corona-Krise.

Die Kampfdrohnen der Bundeswehr und die Antwort der Erlanger Bundestagsabgeordneten Martina Stamm-Fibich

Anlässlich der am 5. Oktober 2020 stattgefundenen Anhörung im Verteidigungsausschuss zur Bewaffnung von Bundeswehr-Drohnen hat das Netzwerk Friedenskooperative seine Ablehnung gegenüber diesen Pläne bekräftigt.

völkerung geführt.“, so Mendyka weiter.

Das Versprechen einer breiten gesellschaftlichen Debatte zur Bewaffnung der Bundeswehr-Drohnen sieht das Netzwerk Friedenskooperative

schen über die Aktionsplattform www.lobbying4peace.de des Netzwerk Friedenskooperative mit Mails an die Abgeordneten aus ihrem Wahlkreis gewendet und sie aufgefordert, sich gegen die Anschaffung bewaffneter Drohnen auszusprechen.

Werner Lutz hat in Erlangen vier Bundestagsabgeordnete vor der Abstimmung angeschrieben. Er erhielt auf seinen Brief nur eine Antwort, nämlich von Martina Stamm-Fibich, Bundestagsabgeordnete der SPD Erlangen. In ihrer Antwort äußert sie, dass der Einsatz bewaffneter Drohnen von ihr befürwortet wird mit einem „mandatierten Einsatzkonzept“, und: das Bedienungspersonal soll die bestmögliche psychologische Betreuung erhalten (nach dem Töten).

Martina Stamm-Fibich hat bei einer Veranstaltung des Erlanger Friedensbündnisses vor ihrer Wahl in den Bundestag gesagt, dass sie als Christin keinen Kriegseinsätzen zustimmen könne. Entgegen dieser Äußerung hat Frau Stamm-Fibich seitdem allen Kriegseinsätzen ebenso zugestimmt wie Stefan Müller von der CSU.



Diese Killerdrohne „Predator“ der USA stand schon auf dem Wunschzettel der Bundeswehr.

„Es ist zu befürchten, dass das Verteidigungsministerium die Debatte nach der Anhörung für beendet erklärt und dem Bundestag eine Vorlage zur Bewaffnung vorlegen wird und die Verteidigungs- und Haushaltsausschüsse dieser mehrheitlich zustimmen werden.“ Und weiter:

„Große Teile der Bevölkerung lehnen die Bewaffnung von Bundeswehr-Drohnen ab. Wir fordern die Abgeordneten des Bundestages auf, die Bedenken der Menschen ernst zu nehmen und die gefährliche Rüstungsspirale nicht weiterzudrehen.“, erklärt Marvin Mendyka vom Netzwerk Friedenskooperative. „Weltweit werden Kampfdrohnen völkerrechtswidrig zu sogenannten ‚gezielten Tötungen‘ eingesetzt. In den Gebieten, in denen sie eingesetzt werden, haben diese Waffen zu einer Entgrenzung des Krieges, zu tausenden Todesopfern und zur dauerhaften Terrorisierung der Be-

nicht eingelöst. Vielmehr handelte es sich bei der Drohnendebatte um eine hauseigene Diskussionsserie, zu der Stimmen der kritischen Zivilgesellschaft kaum gehört wurden. In den vergangenen Monaten hatten sich mehrere Tausend Men-



Ein Jahr nach Halle

Zum Jahrestag des rechtsextremistischen Anschlages auf die Synagoge in Halle fand am 9.10.20 auf dem Schloßplatz in Erlangen eine Kundgebung statt. Vor ca. 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmern sprachen unter anderem Ester Klaus, Vorsitzende der Jüdischen Kultusgemeinde in Erlangen, sowie andere Vertreter aus dem demokratischen und antifaschistischen Spektrum der Stadt.

Unter anderem wurde bei der Kundgebung daran erinnert, daß der Rechtsterrorismus in diesem Jahr 2020 vierzigjähriges Jubiläum hat. In der Nacht auf den 26.9.1980 fand in München der Oktoberfestanschlag statt.

Aufgearbeitete wurde dieser größte Terroranschlag in Deutschland bislang nicht. Erst jetzt, bei der Gedenkfeier zum vierzigsten Jah-

restag, wurde erstmals öffentlich gesagt, daß es ein rechtsterroristischer Anschlag war.

Mit Blick auf den Terrorakt im letzten Jahr, der in Halle stattfand, ist anzuprangern, dass solche Taten immer auch das Ergebnis geistiger Brandstiftung sind.

1980 und später waren die geistigen Brandstifter Strauß, später Schönhuber, seit längerem ist es Gauland und andere aus der AfD. Vor zwei Jahren mit ihrer Hetze gegen Flüchtlinge waren es Seehofer und Söder. Seit Jahren stehen an der Spitze der Hetzer Faschisten wie Kalbitz, Höcke und andere Nazi-Scheitel aus den Reihen der AfD.



BND darf alles

Nachdem im Mai das Bundesverfassungsgericht das erst vier Jahre alte BND-Gesetz gekippt hat, verschickte die Bundesregierung einen Entwurf an verschiedene Interessenverbände, der von „netzpolitik.org“ veröffentlicht wurde. André Meister von „netzpolitik.org“ fasst den Gesetzesentwurf zusammen: „Alles, was der BND macht, wird legalisiert und ausgeweitet.“ Beispielsweise hatte das Bundesverfassungsgericht eine „einschränkende Maßgabe zum Volumen“ der erfassten Daten gefordert. Das Kanzleramt schlägt eine „Volumenbegrenzung auf höchstens 50 Prozent der Übertragungskapazität aller global bestehenden Telekommunikationsnetze“ vor. Ein Wert, der so hoch ist, dass ihn der BND nie erreicht. Dabei neu ist, dass der deutsche Auslandsgeheimdienst offiziell Daten von Bundesbürgern speichern und verarbeiten darf.

Bei anderen gelesen:

**WIRTSCHAFTS
POLITIK aktuell**

November 2020

16

ver.di

VER.DI BUNDESVORSTAND | BEREICH WIRTSCHAFTSPOLITIK | WIRTSCHAFTSPOLITIK@VERDI.DE | WWW.WIPO.VERDI.DE

Soziale Sicherheit statt Waffen!

Die Bundesregierung hat in der Corona-Krise beschlossen, 38 Kampffjets zum Preis von insgesamt 5,4 Mrd. Euro zu kaufen. Der Haushaltsausschuss des Bundestags hat dafür grünes Licht gegeben. Dabei wird Deutschland nicht bedroht.

Ein neuer Rüstungswettlauf ist bereits in vollem Gange. Konflikte, Kriege und bewaffnete Auseinandersetzungen tragen zu Flucht und Migration bei. Letztes Jahr verzeichnete Deutschland den stärksten Anstieg der Rüstungsausgaben unter den führenden Industrieländern.

Das Festhalten am Zwei-Prozent-Ziel der Nato – Rüstungsausgaben von zwei Prozent des Sozialprodukts – würde eine Erhöhung des aktuellen Verteidigungshaushaltes um weitere 14 Mrd. Euro bedeuten. Gleichzeitig müssen Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit, in Minijobs, Soloselbständige, Studierende, Arbeitslose und Menschen im Hartz IV-Bezug jeden Euro dreimal umdrehen. Ihre Einkünfte sind krisenbedingt geschrumpft.

Die coronabedingte Wirtschaftskrise hat sichtbar gemacht, wie wichtig unser Sozialstaat ist, aber auch, wo er noch Schwächen hat. Jetzt müssten das Kurzarbeitergeld und die Hartz-IV-Sätze erhöht werden. Arbeitslose müssen länger Arbeitslosengeld bekommen. Soloselbständige und Studierende brauchen Einkommenshilfen.

Wir brauchen einen Ausbau des Sozialstaats statt noch mehr Geld für Rüstung auszugeben!

Nach dem ver.di-Streik im Öffentlichen Dienst

Es ist die Tarifrunde, die stets am meisten Wirbel auslöst. Weil sie die meisten Beschäftigten im Öffentlichen Dienst betrifft, nämlich die rund 2,3 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen.

In diesem Jahr war alles anders. Corona-Krise, Corona-Stimmung, Corona-Zeiten. Das war der atmosphärische Hintergrund, vor dem die Tarifrunde stattfand. Und wenn es nach den Arbeitgebern im Öffentlichen Dienst gegangen wäre, hätten die Beschäftigten überhaupt nichts erhalten. Sondern sie hätten froh sein sollen, dass sie nicht gekündigt werden wie andere Arbeitnehmer in der freien Wirtschaft. So zumindest hat sich der Sprecher des Kommunalen Arbeitgeberverbandes in der Tarifrunde geäußert. Und er war auch der härteste Befürworter, dass es zu keinen Tariferhöhungen kommt.

Allerdings hat wohl er und auch der Bundesinnenminister Seehofer nicht mit den Streikaktiven von tausenden Kolleg*innen in vielen Städten Deutschlands gerechnet. Über Tage, über Wochen, mit einfallsreichen Aktionen, und mit immer mehr Kolleginnen und Kollegen, die sich beteiligt haben.

Auch in Erlangen fand so am 19.10.20, kurz vor der entscheidenden letzten Verhandlungsrunde ein beeindruckender Aktionstag statt mit ca. 500 streikenden Kolleg*innen. (s. Fotos).

Nach diesen Aktionstagen haben die Tarifparteien einen Abschluss erzielt. Dadurch steigen die Einkommen tabellenwirksam im Geltungszeitraum um insgesamt 4,5 Prozent in der niedrigsten Entgeltgruppe und -stufe und noch um 3,2 Prozent in der höchsten Eingruppierung.

Für die am meisten durch die Pandemie betroffenen Kolleg*inne beträgt die Steigerung in der Pflege 8,7 Prozent und in der Spitze für Intensivkräfte rund zehn Prozent.

Alle Beschäftigten erhalten zusätzlich noch in diesem Jahr eine Corona-Prämie, für die unteren Entgeltgruppen 600 Euro, die mittleren 400 Euro, die oberen Lohngruppen 300 Euro, für Auszubildende 225 Euro (Bund 200 Euro). Die Tarifvereinbarung läuft bis zum 31. Dezember 2022.



 Die
DKP - Erlangen
trifft sich regelmäßig
vierzehntägig.

Unsere Adressen:
info@dkp-erlangen.de
www.dkp-erlangen.de

DAS ORIGINAL: DER ROTE KANAL AUF YOUTUBE
 **KOMMUNISTEN.TV**

Wichtige Adressen

Erlanger Sozialforum
www.erlanger-sozialforum.de

Erlanger Bündnis
für den Frieden
www.frieden-erlangen.de

Friedenspolitischer Ratschlag
Kassel
www.uni-kassel.de/fb5/frieden/

UZ

KOSTENLOS TESTEN!

unsere zeit - Sozialistische Wochenzeitung - Zeitung der DKP

